

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
A. Der Stand der Forschung, die Quellenlage und der Gang der Untersuchung	21
B. Hamburgs Vorgeschichte: vom 14. Jahrhundert bis zum ersten Weltkrieg	27
I. Ein Überblick über Hamburgs Verfassungsgeschichte der Vorkriegszeit	27
II. Die Zeit der Rezesse	30
III. Von 1848 bis zur Verfassung von 1860	43
IV. Die revidierte Verfassung von 1879 und die Entwicklung des Wahlrechts bis zur Novemberrevolution	46
1. Der Inhalt der revidierten Verfassung von 1879	46
2. Die Entwicklung des Wahlrechts bis zur Novemberrevolution	60
C. Die Novemberrevolution in Hamburg	68
I. Der räumliche und zeitliche Umfang der Novemberrevolution in Hamburg sowie die revolutionsspezifische Quellenlage	68
II. Die Auslöser der Revolution	71
1. Die politische und geistige Lage in Hamburg vor dem Ersten Weltkrieg	72
2. Die Einwirkungen des Ersten Weltkriegs	73
III. Der Ausbruch der Revolution in Hamburg, die ersten Tage und der militärische Machtwechsel	75
IV. Die politische Staatsumwälzung	81
1. Die Übernahme der politischen Macht durch den Arbeiter- und Soldatenrat oder der Gang der Revolution bis zum 13. November 1918	82
2. Die Kooperation mit den alten Mächten bzw. die Ereignisse bis zum 18. November 1918	86

V.	Der schleichende Machtverlust Heinrich Laufenbergs bis zu seinem Rücktritt am 20. Februar 1919	88
1.	Die Aushöhlung durch den versteckten Widerstand der alten Gewalten	89
2.	Die Spannungen innerhalb der Arbeiterbewegung und der insbesondere durch die Entwicklung im Reich veranlasste Stimmungsumschwung zugunsten der Mehrheitssozialisten	92
VI.	Das Ende der Revolution oder die Vorgänge bis zum 26. März 1919	95
VII.	Die Stellung, die Zusammensetzung, der Aufbau und das Wirken des Arbeiter- und Soldatenrats	98
1.	Die staatsrechtliche Stellung des Arbeiter- und Soldatenrats	98
2.	Die Bildung und Ausgestaltung des Hamburger Rätesystems	100
3.	Das Tätigwerden des Räteorgans	103
D.	Hamburgs vorläufige Verfassung: Das Gesetz über die vorläufige Staatsgewalt vom 26. März 1919	105
I.	Das Gesetz über die vorläufige Staatsgewalt: ein vernachlässigtes Provisorium	105
II.	Die verfassunggebende Bürgerschaft vom 24. März 1919, der neue Senat vom 28. März 1919 und die Parteien	107
1.	Statistische Daten zur Zusammensetzung der neuen Bürgerschaft	107
2.	Die Politisierung der Bürgerschaft	107
3.	Der neue Senat vom 28. März 1919	109
4.	Die in der verfassunggebenden Bürgerschaft vertretenen Parteien	110
III.	Genese und Inhalt der Notverfassung	115
1.	Vorabebetrachtung des sich ergebenden Normenkomplexes	119
2.	Die Präambel	121
3.	§ 1: Die Übertragung der Souveränität auf die Bürgerschaft	122
4.	§ 2: Die Bürgerschaft und der Bürgerausschuß	122
5.	§ 3: Die Änderungen des Gesetzgebungsverfahrens	131
6.	§ 4: Der Senat als vertrauensabhängige Landesregierung	135
7.	§ 5: Die weitgehende Beibehaltung der Verwaltungsstruktur	142
8.	§ 6: Die selbständiger Stellung der Landgemeinden durch Zurücknahme des staatlichen Einflusses auf eine Rechtsaufsicht	144
9.	Der vom DNVP-Antrag zum MSPD-Entwurf geforderte zusätzliche Paragraph	145

10. Der DNVP-Antrag zum Notverfassungsentwurf des Ausschusses	145
IV. Die Änderung der Notverfassung durch das Gesetz, betreffend Änderung des Gesetzes über die vorläufige Staatsgewalt	147
 E. Hamburgs Landesverfassung vom 7. Januar 1921	148
I. Die endgültige Verfassung: Synthese von Tradition und Revolution	148
II. Überblick über die Verfassungsberatungen	151
III. Die Weimarer Reichsverfassung, ihre Homogenitätsvorgaben, das Reichsrecht als Begrenzungen der Landessouveränität und die Auslassungen der hamburgischen Landesverfassung	162
1. Die Homogenitätsklausel des Art. 17 WRV	165
2. Die Auslassungen der hamburgischen Landesverfassung	171
a) Das Parlamentsrecht und das hansestädtische Problem mit Art. 37 WRV	173
b) Die Ermangelung eines Grundrechtskatalogs	177
c) Die nicht geregelte Judikative	178
d) Religion und Kirche	182
IV. Die äußere Form und der Aufbau der Verfassung	184
V. Der Inhalt der Verfassung	186
1. Die Präambel	186
2. Die Staatsform und die allgemeinen Bestimmungen	188
3. Die Organe, ihre Bildung, Zusammensetzung und Kompetenzen sowie die Stellung ihrer Mitglieder	191
a) Die Bürgerschaft	191
aa) Die Wahl, die Bildung und die Zusammensetzung der Bürgerschaft	191
bb) Der Bestand der Bürgerschaft	203
cc) Die Stellung der Bürgerschaftsabgeordneten	209
dd) Der Geschäftsgang der Bürgerschaft	212
ee) Die Regierungskontrolle durch die Bürgerschaft und ihre Organe	221
b) Der Bürgerausschuß	228
c) Der Senat	237
aa) Die Wahl des Senats	237
bb) Der Senat als Landesregierung und Verwaltungsspitze	243
cc) Die Stellung der Senatsmitglieder	256
dd) Das Verfahren des Senats	262
ee) Die Verantwortlichkeit und der Bestand des Senats	263

ff)	Der Senatspräsident und sein Stellvertreter bzw. die Bürgermeister	275
gg)	Die Staatsräte	279
4.	Die Gesetzgebung	283
a)	Der Begriff des Gesetzes, des Verwaltungsakts, der Rechtsverordnung und der Verwaltungsvorschrift sowie die Kompetenz zu ihrem Erlass	283
b)	Das regelmäßige Einleitungsverfahren	288
c)	Das regelmäßige Hauptverfahren	288
d)	Die direktdemokratischen Elemente in der Legislative	298
e)	Das Abschlussverfahren: die Ausfertigung, die Verkündung und das Inkrafttreten	307
5.	Die Verwaltung	309
6.	Die wirtschaftlichen und beruflichen Vertretungskörperschaften: der umstrittene Art. 66	320
7.	Das Verhältnis zwischen Staat und (Stadt-/Land-)Gemeinde(n)	336
8.	Die Schlussbestimmungen: Das Einführungsgesetz, die Beamtenvereidigung, die Versuche der Akzeptanz- und Identifikationsschaffung in der Bevölkerung sowie das Inkrafttreten	341
F.	Hamburgs Verfassungsänderungen und Reformen in der Weimarer Republik sowie die Staatskrise (1921-1933)	346
I.	Ein Überblick über die politische Entwicklung Hamburgs nach Erlass der endgültigen Verfassung	346
II.	Verfassungsändernde Gesetze: Lückenfüllung statt Reform	349
1.	Die Anpassung des Ausgaben- und Staatsgutsveräußerungsgenehmigungsrechts des Bürgerausschusses an den sinkenden Geldwert	351
2.	Das Gesetz, betreffend Änderung des Art. 49 der Verfassung: Inkompatibilitätsvorschriften und Gesetzesvorbehalt bezüglich der Zusammensetzung und Bildung des Staatsgerichtshofs	354
3.	Das Gesetz über Änderung des Artikels 26 der Verfassung: Vereidigungsrecht für den Untersuchungsausschuss	358
4.	Gescheiterte Reformversuche	358
III.	Wichtige andere Gesetzgebungsakte, Reformen und Urteile	360
1.	Die Verwaltungsreform: Rationalisierung statt Demokratisierung	360

2.	Die Städte- und die Landgemeindeordnung vom 2. Januar 1924: Selbstverwaltungsrecht für die hamburgischen Gemeinden	383
3.	Das Bürgerschaftswahlgesetz vom 27. Juni 1927, seine Aufhebung durch den Staatsgerichtshof des Deutschen Reichs und deren Folgen: unzulänglicher Versuch des Kampfes gegen die Parteizersplitterung	393
IV.	Hamburg von der Weltwirtschaftskrise bis zur Gleichschaltung	407
1.	Die Weltwirtschaftskrise und ihre Auswirkungen auf Hamburg	407
2.	Der geschäftsführende Senat und die Selbstauflösung der Bürgerschaft: Symptome der Radikalisierung	416
G.	Hamburgs Eingliederung in den nationalsozialistischen Einheitsstaat und die Auswirkungen auf die Landesverfassung	428
I.	Der Machtwechsel in Hamburg	428
II.	Die Gleichschaltung Hamburgs mit dem Reich, insbesondere die Entmachtung von Bürgerschaft und Senat	433
1.	Die Gleichschaltungsgesetze des Reichs	433
2.	Die Auswirkungen der Gleichschaltung auf Hamburg und seine Verfassung	439
III.	Der Endpunkt der hamburgischen Selbstständigkeit	449
IV.	Die Groß-Hamburg-Frage	452
1.	Das Scheitern einer Lösung der Groß-Hamburg-Frage in der Zeit der Weimarer Republik	452
2.	Die Lösung der Groß-Hamburg Frage im nationalsozialistischen Einheitsstaat: das Groß-Hamburg-Gesetz vom 26. Januar 1937 und das Reichsgesetz über die Verfassung und Verwaltung der Hansestadt Hamburg vom 9. Dezember 1937	466
H.	Die Fortwirkungen der hamburgischen Verfassungstradition, insbesondere der Landesverfassung von 1921, in den Entwicklungen, den Beratungen und dem Inhalt von Hamburgs Nachkriegsverfassung	476
I.	Ein Überblick über Hamburgs (Verfassungs-)Geschichte zwischen Kapitulation und Verabschiedung der Nachkriegsverfassung	476

II.	Tradition, Wiederanknüpfung und »Lehren aus Weimar«? Die Beeinflussung der Nachkriegsverfassung durch die hamburgische Verfassungsgeschichte	483
1.	Der Verfassungskonsens, die Präambel und die Verfassung als nüchternes Organisationsstatut	493
2.	Die Staatsform und die allgemeinen Bestimmungen	495
3.	Die Bürgerschaft	498
4.	Der Bürgerausschuß	506
5.	Der Senat	509
6.	Die Gesetzgebung	520
7.	Die Verwaltung	524
8.	Die Rechtsprechung	529
9.	Das Haushalts- und Finanzwesen	532
10.	Der Verzicht auf Räteorgane	535
11.	Die Schluß- und Übergangsbestimmungen	536
I.	Zusammenfassung	537
J.	Anhang	549
I.	Verfassungstexte	549
1.	Verfassung der freien und Hansestadt Hamburg.	549
2.	Vorläufige Verfassungsgesetze.	575
a)	Gesetz, betreffend die Bürgermeisterwahl für das Jahr 1919.	575
b)	Gesetz über die vorläufige Staatsgewalt.	575
c)	Gesetz, betreffend Änderung des Gesetzes über die vorläufige Staatsgewalt.	579
3.	Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg.	579
4.	Gesetz, betreffend die Einführung der Verfassung.	593
5.	Änderungsgesetze.	594
a)	Gesetz über Erweiterung der Zuständigkeit des Bürgerausschusses.	594
b)	Gesetz, betreffend Änderung des Artikels 31 der Verfassung.	595
c)	Gesetz, betreffend Änderung des Art. 49 der Verfassung.	595
d)	Gesetz über Änderung des Artikels 26 der Verfassung.	596
e)	Gesetz, betreffend Aufhebung des Wirtschaftsrates Hamburg und des Arbeiterrates Groß-Hamburg.	596
f)	Gesetz, betreffend erweiterte Zuständigkeit des Senats.	597

g)	Dritte Verordnung zur Ausführung des Vorläufigen Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich.	597
h)	Gesetz über die Bezeichnung des Vorsitzenden der hamburgischen Landesregierung und seines Stellvertreters.	597
i)	Gesetz zur Änderung des Artikels 47 der Verfassung.	598
6.	Vorläufige Verfassung der Hansestadt Hamburg.	598
7.	Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg.	607
II.	Synopse der Verfassungstexte von 1921, 1946 und 1952	624
	Quellenverzeichnis	675